

## 5. Kapitel: Das Argument des Friedens

Das Argument des Friedens begründet noch vor dem des Wohlstands, warum sich das heterogene Europa integriert (regiert).<sup>440</sup> Wenn Heterogenität nicht zum Konflikt führen soll, müssen die jeweiligen virulenten Widersprüche in der Praxis des Aushandelns in neuen Formulierungen des Friedensarguments eingehegt werden.

Das Friedensargument fand zunächst im Prozess der *de-securitization*<sup>441</sup> zum Wohlstandsargument und der Wohlstand sicherte dann den Frieden. Das Friedensargument wird damit sowohl zur Bedingung des Wohlstandsarguments wie zu seinem Ergebnis. Die europäische Praxis befriedet die europäische Heterogenität durch den gemeinsamen Wohlstand und sichert durch die Vielzahl gemeinsamer funktionaler Sprachspiele des Wohlstands auch wieder den gemeinsamen Frieden. Wohlstand und Frieden sind gleichsam die beiden positiven Seiten der europäischen Medaille. Eine gemeinsame Verteidigung scheiterte jedoch am Souveränitätsanspruch Frank-

---

440 Lipgens und sein Schüler Loth vertreten das klassische Friedensargument. Vgl. u.a. Wilfried Loth, *Der Weg nach Europa* (Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1996). Milward verfiicht die revisionistische Position, die sich von der „idealistischen“ Friedensromantik abwandte und realistischere Beweggründe im Zeichen liberaler Nutzenmaximierung stark machen will. Alan S. Milward, George Brennan und Federico Romero, *The European Rescue of the Nation-State* (Berkeley: University of California Press, 1992). Moravcsik schließt sich Milwards Forschungsarbeit an. Andrew Moravcsik, *The choice for Europe* (Ithaca: Cornell University Press, 1998). Dazu kritisch: Wilfried Loth, "Beiträge der Geschichtswissenschaft zur Deutung der Europäischen Integration," in *Theorien europäischer Integration*, hrsg. von Wilfried Loth und Wolfgang Wessels (Opladen: Leske+Budrich, 2001): 87-106, auf S. 93f. Aber auch Milward schränkt ein, dass das Friedensargument mit seinem Ansatz nicht in Frage gestellt werden soll: „The argument of this book should not be misunderstood. In bringing together so much evidence relating to the economic and social foundation of the Treaties of Rome there is no intention to deny the political motivations which are conventionally and correctly ascribed to the treaties. These are, that was a further guarantee of the peace settlement in western Europe; that it made central to this peace settlement a still closer Franco-German association [...]“ Alan S. Milward, George Brennan und Federico Romero, *The European Rescue of the Nation-State* (Berkeley: University of California Press, 1992) auf S. 208.

441 Ole Wæver, "Insecurity, security, and asecuritization in the West European non-war community," in *Security Communities*, hrsg. von Emanuel Adler und Michael Barnett (Cambridge: Cambridge University Press, 1998) 69-118. Zum Zusammenhang der Begriffe *security*, *asecuritization*, *insecurity*, *securitization*, *de-securitization*, *re-securitization* vgl. besonders auf S. 69, 81.

reichs. Die Nato übernahm stattdessen unter amerikanischer Führung die Sicherheitspolitik für Westeuropa gegenüber der Bedrohung von außen.

Das Friedensargument begann bei der Aussöhnung nach den Weltkriegen vor allem zwischen den beiden Nachbarn und Hauptkontrahenten Frankreich und Deutschland.<sup>442</sup> Im topischen Sprachspiel des Schuman-Plans und der EGKS zeigt sich die Möglichkeit der *de-securitization* und der *security community*<sup>443</sup> und damit die Wende zum Argument des gemeinsamen Wohlstands. Im topischen Sprachspiel der gescheiterten EVG wird deutlich, dass das Argument der Aussöhnung und Einbindung kein funktionales Sprachspiel der Sicherheit und der Verteidigung errichten konnte. Dafür war der europäische Argumentationszusammenhang zu schwach. Die Ausdeutung des Friedensarguments im Sinne eines Arguments der gemeinsamen Verteidigung benötigte die direkte Beteiligung der angelsächsischen Akteure.

Bereits mit der Süderweiterung um die vordem autoritär regierten Länder Griechenland, Spanien und Portugal und schließlich mit dem Ende des Kommunismus in Europa und der Orientierung der postkommunistischen Staaten an der europäischen Praxis trat ein Wandel des Friedensarguments ein. Im topischen Sprachspiel der Stabilität lässt sich zeigen, wie sich das Gewicht von der Aussöhnung zur Stabilität verschob. Dabei ging es primär um die stabilitätspolitische Begründung des Beitritts der postkommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas. Die Voraussetzung für das Stabilitätsargument schuf aber das Bekenntnis des wiedervereinigte Deutschlands zu Europa durch den Vertrag von Maastricht und die darin festgelegte gemeinsame Außenpolitik und Währung. Die Aussöhnung wurde damit Teil der Stabilitätsargumentation. Auf diesem Weg konnte dann das Friedensargument in seiner Verbindung mit dem Wohlstandsargument die europäische Praxis, wie von den Transformationsstaaten gewünscht,

---

442 Lily Gardener Feldman, "Reconciliation and legitimacy: foreign relations and enlargement of the European Union," in *Legitimacy and the European Union. The contested polity*, hrsg. von Thomas F. Banchoff und Mitchell P. Smith (London: Routledge, 1999): 66-90.

443 Emanuel Adler und Michael Barnett, "A framework for the study of security communities," in *Security Communities*, hrsg. von Emanuel Adler und Michael Barnett (Cambridge: Cambridge University Press, 1998): 29-65; Emanuel Adler und Michael Barnett (Hrsg.), *Security Communities* (Cambridge: Cambridge University Press, 1998); Karl Wolfgang Deutsch, *Political community and the North Atlantic area* (New York: Greenwood Press, 1969).

zum „externen Sicherheits- und Modernisierungsanker“<sup>444</sup> machen. Frieden bedeutete damit die Stabilisierung von Demokratie und Wohlstand durch die Ausdehnung der europäischen Praxis auf alle Akteure, die als Teil der europäischen Heterogenität auch zur Umsetzung des Europaarguments gehören möchten.

Mit dieser Verschiebung des Friedensarguments von der Aussöhnung hin zur Stabilität erfolgte auch eine *re-securitization*. Die Frage der Aussöhnung war durch gemeinsamen Wohlstand besser möglich als durch gemeinsame Sicherheit und Verteidigung. Die Frage der Stabilität wurde immer noch vor allem durch das Argument des Wohlstands beantwortet, doch mit dem Stabilitätsargument ließ sich die Argumentation leichter in eine sicherheitspolitische Richtung lenken. Dort, wo die Heterogenität Europas noch nicht in den Topos „in Vielfalt geeint“ hineingefunden hatte, zeigte die europäische Praxis sich bereit, militärisch nachzuhelfen. Das Argument der Aussöhnung hätte zwar nach dem Ende der Kriege auf dem Balkan fortgesetzt werden können. Doch die europäische Praxis erwies sich während des Konflikts in ihrer Vorbildfunktion nicht in der Lage, als Stabilitätsanker zu wirken. Die transatlantische Hilfe für den militärisch robusten Einsatz, die die europäische Praxis daraufhin suchen musste, führte zur Bereitschaft, selbst militärisch zusammenzuarbeiten, die sich im topischen Sprachspiel von St. Malo zeigte und seitdem funktionale Sprachspiele der militärischen Sicherheitspolitik schafft, ohne darüber den amerikanischen Anteil an der Sicherung Europas wesentlich zu verringern. Zum Desaster geriet der ambivalente Versuch, über ein funktionales Sprachspiel der Nachbarschaft das Stabilitätsargument ohne militärische Absicherung nach außen zu projektieren. Ohne weitere Erweiterungen sollte im Sprachspiel der Nachbarschaft die normative Macht des Integrationsprozesses auch jenseits seiner Praxis Legitimität erzeugen. Im Zusammenbruch des Arabischen Frühlings und der Aggression Russlands gegen die Annäherung der Ukraine an die europäische Praxis trug das Argument des Friedens als Stabilität nicht mehr. Die europäische Praxis blieb auf Akteure jenseits ihrer Macht und Legitimität angewiesen.

---

444 András Inotai, "Die Beziehungen zwischen der EU und den assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas," *Europäische Rundschau* 22, Nr. 3 (1994): 19-35, auf S. 20.

§ 1: Das topische Sprachspiel der EGKS

*Paix* und *prospérité*<sup>445</sup> stellte der Auswärtige Ausschuss der französischen Nationalversammlung als die zentrale Zielsetzung des Schuman-Plans fest. Die Aussage des topischen Sprachspiels des Schuman-Plans und der EGKS lässt sich damit tatsächlich auf den Punkt bringen. Im funktionalen Sprachspiel der EGKS sollte ein Argumentationszusammenhang etabliert werden, der Frieden mit Wohlstand verband und so ein gemeinsames Ziel aus den europäischen Gegensätzen heraus aufzeigen konnte.

Die europäische Heterogenität sollte an ihrem zentralen deutsch-französischen Widerspruch eingehengt werden, der sich in der Ruhrfrage manifestierte: Wie kann die Ruhrindustrie produzieren, ohne dass sie Deutschland weggenommen werden muss, um Frankreich nicht zu ängstigen. Europäischer formuliert lässt sich der hier zu überwindende Widerspruch auch so begreifen: „Einerseits durfte das Ruhrgebiet nie wieder zur wirtschaftlichen Basis einer deutschen Aggression werden, andererseits war sein Rohstoffpotential für den Wiederaufbau Europas unverzichtbar.“<sup>446</sup> Milward ist zuzustimmen, dass auch die EGKS aus wirtschaftlichem Modernisierungswillen unternommen wurde.<sup>447</sup> Doch die kriegswirtschaftliche Bedeutung war ebenso Teil der Argumentation, wie die grundsätzlich wirtschaftliche Bedeutung von Kohle und Stahl. Das grundlegende Argument, das sich hier durchsetzte, war die Verbindung dieser beiden Präferenzen. Deutschland wollte die Ruhr behalten und Frankreich die von der Ruhrindustrie ausgehende Bedrohung verhindern. In der Argumentation wurde daraus das Argument der Aussöhnung und des Friedens. Diese Argumentation ließ sich fortsetzen, wenn, wie im Schuman-Plan entworfen, die Kontrolle über den Sektor Kohle und Stahl gemeinsam ausgeübt wurde, um damit in diesem Grundlagensektor für Krieg und Frieden einen einheitlichen Wirtschaftsraum herzustellen, der eine Separierung zu Kriegszwecken erschweren würde.

Mit dieser Argumentation begann sich nun aber nicht ein Geflecht von funktionalen Sprachspielen zur Sicherheit zu entwickeln, sondern ein Prozess der *de-securitization* setzte ein. Das funktionale Sprachspiel der

---

445 Uwe Rödings, *Globalisierung und europäische Integration. Der Strukturwandel des Energiesektors und die Politik der Montanunion, 1952-1962* (Baden-Baden: Nomos, 2000) auf S. 91.

446 *Ibid.* auf S. 71.

447 Alan S. Milward, George Brennan und Federico Romero, *The European Rescue of the Nation-State* (Berkeley: University of California Press, 1992) auf S. 46-118.

EGKS wurde ein ökonomisches. Von dort begann sich die Argumentation des Friedens in funktionale Sprachspiele des Wohlstandsarguments aufzufächern.

Im Detail des Schuman-Plans wird deutlich wie Frankreich aus seinem Argumentationszusammenhang heraus versuchte, das Argument des integrierten Regierens aufzugreifen. Vor dem Hintergrund der amerikanischen Position der langfristigen Stärkung Deutschlands als Partner im Kalten Krieg und dem grundsätzlichen Druck in Richtung einer Integration Europas war Frankreich, nach dem sich abzeichnenden Desinteresse Großbritanniens an einer Teilnahme an einer engen europäischen Integration,<sup>448</sup> in Zugzwang geraten. Die französische Industrie hing trotz der Bemühungen Monnets als Chef der französischen Planungsbehörde 1950 noch immer zu einem großen Ausmaß von der Kohleproduktion der Ruhr ab und konnte nach der sich abzeichnenden Aufhebung des Besatzungsstatuts für die Ruhr in eine ungünstige Position geraten. Die amerikanischen Kontakte Monnets, sein Fokus auf die Schwerindustrie und ihre generelle Bedeutung sowohl für den Wiederaufbau und die Friedenswirtschaft, wie ihr Gefahrenpotential als Basis der Kriegswirtschaft trugen dazu bei, das Argument des integrierten Regierens mit dem Argument des Friedens und des Wohlstands in einen Argumentationszusammenhang treten zu lassen.<sup>449</sup> In der Frage von Kohle und Stahl bot sich in der Verbindung von Frieden und Wohlstand das erste konkrete Betätigungsfeld für das Argument des integrierten Regierens an. Schuman formulierte im Begleitschreiben zu seinem Plan an Adenauer:

„Europa wird nicht in einem Schlage entstehen, und auch nicht als gemeinschaftliche Konstruktion. Es wird entstehen, wenn konkrete Leistungen zunächst eine tatsächliche Solidarität schaffen. Die Sammlung der europäischen Nationen erfordert es, daß die jahrhundertalte Gegnerschaft Frankreichs und Deutschlands ausgeschaltet wird. Die unter-

---

448 Wilfried Loth, "Der Abschied vom Europarat: Europapolitische Entscheidungen im Kontext des Schuman-Plans," in *Die Anfänge des Schuman-Plans: 1950/51*, hrsg. von Klaus Schwabe (Baden-Baden: Nomos, 1988): 183-195.

449 Frances Lynch, "The Role of Jean Monnet in Setting Up the European Coal and Steel Community," in *Die Anfänge des Schuman-Plans: 1950/51*, hrsg. von Klaus Schwabe (Baden-Baden: Nomos, 1988): 117-129. Holger Schröder, *Jean Monnet und die amerikanische Unterstützung für die europäische Integration 1950-1957* (Frankfurt am Main: Peter Lang, 1994). Vgl. auch Jean Monnet, *Erinnerungen eines Europäers* (München: dtv, 1980).

nommenen Schritte müssen in erster Linie Frankreich und Deutschland berühren [...]. Sie haben vor allem die Einrichtung einer Wirtschaftsunion zwischen unseren beiden Ländern vorgeschlagen. Für die französische Regierung ist nun der Augenblick gekommen, diesen Weg einzuschlagen. Sie will deshalb unverzüglich Maßnahmen auf einem begrenzten, aber entscheidenden Gebiet ergreifen. [...] Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer hohen Stelle im Rahmen einer Organisation, der die anderen europäischen Länder beitreten können, zu unterstellen.<sup>450</sup>

Der Schuman-Plan griff dann auch das Kohle- und Stahlthema nicht als wirtschaftliches Regulierungsproblem oder als Frage eines Industriesektors auf, sondern als eine Frage der Einigung des Kontinents in Frieden und Wohlstand. Weder die französische Intention, die Ruhr nicht wieder in die Hände der alten Besitzer zu legen,<sup>451</sup> noch die Steuerung der Montanindustrie<sup>452</sup> waren dann auch von besonderem Erfolg gekrönt.<sup>453</sup> Doch auch wenn die Besitz- und Machtverhältnisse anders aussahen, als von französischer Seite gewünscht, fand dies doch in einem völlig neuen Rahmen statt. Kohle und Stahl sollten europäischen Frieden und Wohlstand garantieren und hatten ein institutionelles Gefüge für diesen Argumentationszusammenhang geschaffen, das mit Hoher Behörde, Ministerrat, Parlamentarischer Versammlung und Schiedsstelle bereits die Institutionen des integrierten Regierens begründete. Die potentielle Gefahr einer kriegswirtschaftlich entscheidenden Industrie war damit über das Argument der Aussöhnung in den Bereich des Wohlstandsarguments geschoben worden. Die-

---

450 Hans Jürgen Küsters, "Die Verhandlungen über das institutionelle System zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl," in *Die Anfänge des Schuman-Plans: 1950/51*, hrsg. von Klaus Schwabe (Baden-Baden: Nomos, 1988): 73-102, auf S. 76.

451 John Gillingham, "Solving the Ruhr Problem: German Heavy Industry and the Schuman Plan," in *Die Anfänge des Schuman-Plans: 1950/51*, hrsg. von Klaus Schwabe (Baden-Baden: Nomos, 1988): 399-436; John Gillingham, *Coal, Steel and the Rebirth of Europe: the Germans and the French from Ruhr Conflict to Economic Community* (Cambridge: Cambridge University Press, 1991).

452 Werner Bührer, "Die Montanunion - ein Fehlschlag?," in *Die Europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom*, hrsg. von Gilbert Trausch (Baden-Baden: Nomos, 1993): 75-90.

453 Hans Jürgen Küsters, "Die Verhandlungen über das institutionelle System zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl," in *Die Anfänge des Schuman-Plans: 1950/51*, hrsg. von Klaus Schwabe (Baden-Baden: Nomos, 1988): 73-102.

se Argumentation des topischen Sprachspiels der EGKS setzte sich zentral fest. Nachdem die Kohle als energiewirtschaftliche Basis der europäischen Industrie schon bald vom Öl verdrängt wurde,<sup>454</sup> lag die argumentative Kraft des hier angestoßenen funktionalen Sprachspiels weniger in seinem langfristigen Beitrag zum konkreten europäischen Wohlstand als in seiner Verbindung des Friedensarguments der Aussöhnung mit dem Ziel des gemeinsamen Wohlstands im Prozess der *de-securitization*.

## § 2: Das topische Sprachspiel der EVG

Nachdem am 29. August 1954 die Befassung mit dem EVG-Vertrag von der französischen Nationalversammlung schon vertagt worden war, stimmte sie einen Tag später dem Antrag zur Geschäftsordnung endgültig zu, die Entscheidung über die EVG von der Tagesordnung zunehmen. 319 Mitglieder der Nationalversammlung überstimmten bei 12 Enthaltungen die anderen 264 Mitglieder. Die siegreichen Fraktionen begannen die Marseillaise anzustimmen, worauf ihnen die unterlegene Seite ironisch mit der ersten Strophe des Deutschlandlieds antwortete. Nicht Frankreich hätte gesiegt, sondern das Ergebnis sei „Deutschland, Deutschland über alles“.<sup>455</sup>

Unter dem Eindruck des Koreakriegs sollte Deutschland so schnell wie möglich wiederbewaffnet, militärisch eingebunden und gegen die kommunistische Bedrohung in Stellung gebracht werden.<sup>456</sup> Für Europa und besonders für Frankreich war aber im Gegensatz zur amerikanischen Perspektive das deutsche Gefahrenpotential im Vergleich zur sowjetischen

---

454 Uwe Rödings, *Globalisierung und europäische Integration. Der Strukturwandel des Energiesektors und die Politik der Montanunion, 1952-1962* (Baden-Baden: Nomos, 2000) besonders auf S. 418-423. Vgl. zum ökonomischen Aspekt auch Werner Bühner, *Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration* (München: Oldenbourg, 1986); Jens Evers, *Der EGKS-Vertrag und die europäische Industriepolitik* (Berlin: Mensch-und-Buch, 2001).

455 Michael Kreft, *Die Europäische Union als Sicherheitsinstitution. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft im kulturell-institutionellen Kontext der europäischen Integration* (Osnabrück: Der Andere Verlag, 2002) 185.

456 Klaus A. Maier, "Die internationale Auseinandersetzung um die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und um ihre Bewaffnung im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft," in *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Band 2. Die EVG-Phase*, hrsg. von Militärgeschichtliches Forschungsamt (München: Oldenbourg, 1990) 1-234.

Bedrohung nicht marginal. „Paris wollte zwar immer Sicherheit für die Bundesrepublik, aber stets nur unter dem Primat der Sicherheit vor ihr.“<sup>457</sup>

Wie bei der EGKS ging es bei der EVG um das Dilemma, das Potential Deutschlands zu aktivieren, ohne daraus eine Gefahr werden zu lassen. Das gesungene Sprachspiel zur EVG in der französischen Nationalversammlung bringt das deutlich zu Gehör. Es ging weniger um die Sowjetunion als um Deutschland. Die Abwehr der sowjetischen Bedrohung konnte nur unter amerikanischer Führung und britischer Beteiligung bewerkstelligt werden. Dass Deutschland dort eingebunden werden sollte, war unabwendbar und lag außerhalb der europäischen Argumentation. Mit dem Pleven-Plan versuchte Frankreich die deutsche Wiederbewaffnung über das Europaargument für Frankreich möglichst gefahrlos zu gestalten. In der Argumentation Monnets, die hinter dem Pleven-Plan stand, war die durch den Kalten Krieg erzwungene schnelle Wiederbewaffnung Deutschlands die Vorgabe der außereuropäischen Argumentationszusammenhänge. Für seinen Plan war dieser sicherheitspolitische Aspekt jedoch weniger zentral. Die Fortsetzung der europäischen Argumentation stand im Vordergrund. Die EVG war damit in doppelter Hinsicht ein Projekt zum Ausbau der europäischen Praxis. Es sollte die bereits begonnene Argumentation stützen und ein neues funktionales Sprachspiel etablieren.<sup>458</sup> Beides scheiterte kurzfristig, war aber mittelfristig dahingehend erfolgreich, dass es dem Argument des Wohlstands indirekt den Weg wies und langfristig dadurch, dass es die Möglichkeit des funktionalen Sprachspiels Sicherheit/Verteidigung als vertane Chance am Rand des europäischen Argumentationszusammenhangs ablegte und so einen Topos schuf, auf den sich die Praxis immer wieder beziehen konnte.

Ähnlich wie im funktionalen Sprachspiel der EGKS waren aber auch hier wichtige Argumentationslinien des zukünftigen Arguments des integrierten Regierens und des Friedens schon formuliert worden. Im Artikel 2 des unterzeichneten EVG-Vertrags war festgelegt, dass der gemeinsame Verteidigungsfall bei einem Angriff auf die Vertragsparteien oder die Europaarmee in Europa eintreten würde. Für den später sich entwickelnden

---

457 Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Band 2. Die EVG-Phase* (München: Oldenbourg, 1990) auf S. XIII.

458 Vgl. Michael Kreft, *Die Europäische Union als Sicherheitsinstitution. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft im kulturell-institutionellen Kontext der europäischen Integration* (Osnabrück: Der Andere Verlag, 2002) auf S. 202.

Topos der Verteidigung als verpasste Chance im Zusammenhang mit Europas Rolle in der Welt ist hier aufschlussreich, dass Verteidigung territorial und geographisch definiert wurde. Es ging um Sicherheit und Frieden für Europa, weder für seinen Rand noch für die Welt. Für die außereuropäischen Aufgaben, beispielsweise als Kolonialmächte, wurden Truppenteile aus dem Verbund der EVG ausgeklammert, was auch dem Wunsch Frankreichs entgegenkam, keine deutsche Armee entstehen zu lassen, aber eine französische zu erhalten. Dort wurde auch der später noch zu diskutierende Topos der eigenständigen Verteidigung Europas festgeschrieben. Bei Einstimmigkeit wollte sich die EVG gegenüber Vorgaben der NATO und damit der USA lösen und militärisch eigenständig handeln. Die Institutionen der EVG sollten sich nicht nur mit denen der EGKS möglichst decken – so waren Versammlung und Gerichtshof identisch –, sondern hier wurde auch festgeschrieben, dass im Sinne der von Schuman in den Verhandlungen noch nachgeschobenen Europäischen Politischen Gemeinschaft der Integrationsprozess weitergehen sollte. Die EVG war damit zwar auch ein Beistandspakt, ging aber doch weit über die Argumentation eines Verteidigungsbündnisses wie dem des Brüsseler Vertrags hinaus.<sup>459</sup>

Die Unterzeichnung des Vertrags war weniger der Abschluss als nur ein Zwischenstopp im Aushandeln weiterer Wünsche. Die Verhandlungen zogen sich trotz amerikanischen Drucks über die Jahre 1952 und 1953 hin, bis dann das Projekt der EVG im französischen Ratifizierungsprozess endgültig scheiterte und die deutsche Wiederbewaffnung ausschließlich im transatlantischen Argumentationszusammenhang stattfand und eingehegt wurde.<sup>460</sup>

Die EVG war wie die EGKS ein Versuch, deutsche Machtpotentiale nur innerhalb des Europaarguments wiedererstehen zu lassen. Doch innerhalb des Europaarguments der „Einheit in Vielfalt“ kann Heterogenität nur dann überbrückt werden, wenn die Beteiligten bereit sind, die Kosten der Homogenisierung ausgewogen zu tragen. Dazu war Frankreich auf dem sensiblen Gebiet der Verteidigungspolitik nicht willens. Nachdem deutlich wurde, dass das Argument des integrierten Regierens nur ein gleichberech-

459 Ibid. auf S. 167-174.

460 Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Band 2. Die EVG-Phase* (München: Oldenbourg, 1990); Edward Furdson, *The European Defence Community: A History* (London: Macmillan, 1980); Kevin Ruane, *The Rise and Fall of the European Defence Community: Anglo-American Relations in the Crisis of European Defence, 1950-1955* (Houndmills: Macmillan, 2000).

tigtes Zusammengehen Frankreichs und Deutschlands zuließ, zog sich Frankreich zurück. Anders als bei der sektoriellen Integration von Kohle und Stahl eröffnete die gemeinsame Verteidigung keine Perspektiven, die innerhalb der besonderen französischen Argumentationszusammenhänge die Argumentationslinie Monnets noch einmal getragen hätten. Das Argumentationspaar von Frieden und Verteidigung gehört anders als das von Frieden und Wohlstand nahezu ausschließlich in den transatlantischen Argumentationszusammenhang. Monnets Versuch, das Europaargument mit dem Friedensargument auch in Hinblick auf die Verteidigung zu verbinden, schlug damit fehl. Die Schaffung einer *security community* über ein funktionales Sprachspiel der klassischen Sicherheitspolitik und der Verteidigung war damit innerhalb des Europaarguments gescheitert. Das europäische Argument des Friedens lief, wie im Sprachspiel des Schuman-Plans begonnen, weiter auf eine Argumentation der *de-securitization* hinaus. Die Frage der Verteidigungspolitik trennte sich damit vom Friedensargument und vom Europaargument.<sup>461</sup>

### § 3: Das topische Sprachspiel der Stabilität

Das Stabilitätsargument war bereits Teil des Aussöhnungsarguments und auch Teil des Versuchs, das Argument des integrierten Regierens mit dem der Verteidigung zu verbinden. Je mehr sich die Aussöhnung vollzog und die Notwendigkeit der Verteidigung gegen eine direkte Bedrohung von außen mit dem Ende des Kalten Kriegs schwand, desto deutlicher trat die Komponente der Stabilität allein hervor. Gelegentlich bekommt diese Verschiebung zum Stabilitätsargument einen pejorativen Stempel aufgedrückt. Die alte Vorstellung einer „immer engeren Union“ würde durch den Wunsch nach einer bloßen Stabilitätsgemeinschaft abgelöst.<sup>462</sup> Im topischen Sprachspiel der Stabilität lässt sich zeigen, dass diese Befürchtung in der europäischen Praxis keinen Platz hat, sondern sich ganz im Gegenteil die europäische Praxis hier nahtlos fortsetzt.

Beim deutsch-französischen Kernkonflikt stand die Aussöhnung im Mittelpunkt des Friedensarguments. Zuerst musste die Heterogenität dieser beiden Kontrahenten und damit des ganzen westeuropäischen, von

---

461 Vgl. auch Gülnur Aybet, *The Dynamics of European Security Cooperation, 1945-91* (Houndmills: Palgrave, 1997) auf S. 82-86.

462 Beispielsweise Werner Weidenfeld, "Erweiterung ohne Ende. Europa als Stabilitätsraum strukturieren," *Internationale Politik* 55 (2000) 1-10.

Deutschland überfallenen und gerade wieder befreiten Nachkriegseuropas ein Stück weit überwunden werden. Dies geschah schon vor dem Hintergrund der Stabilisierung im amerikanischen Westen, zu dem nun auch Westdeutschland gehören sollte, gegen die kommunistische Bedrohung von innen und außen.<sup>463</sup> Die europäische Praxis bezog ihre Stabilität damit hier noch von außen, aus dem amerikanischen Argumentationszusammenhang des Westens.

Erst mit den Süderweiterungen in den 1980er Jahren zeigte die europäische Praxis, dass sie in der Lage ist, selbst Stabilität zu exportieren. Nach der Diktatur der Obristen in Griechenland, dem langsamen Übergang zur Demokratie in Spanien nach Francos Tod und dem Ende der autoritären Herrschaft Salazars in Portugal durch ein sozialistisches Intermezzo bot die europäische Praxis ihr Europaargument an, um diese Demokratisierungsprozesse zu unterstützen und sie in die *security community* der „immer engeren Union“ aufzunehmen.<sup>464</sup> Die Heterogenität der liberalen europäischen Praxis zu den rechtsgerichteten Diktaturen hatte zu keinem handfesten Konflikt geführt, eine Aussöhnung stand somit nicht an. Innerhalb der Argumentation des Kalten Kriegs waren diese Diktaturen sogar noch als Teil des eigenen Lagers wahrgenommen worden, was beispielsweise in Griechenland eine anti-westliche und anti-europäische Haltung auf der linken Seite des politischen Spektrums stützte. Dennoch war klar, dass die liberale, europäische Praxis diese Länder ganz zu sich und ihrem Argumentationszusammenhang herüberziehen wollte. Nicht nur, um deren sich entwickelnde Demokratien zu stabilisieren, sondern auch um die eigene Geschichte von Frieden durch Wohlstand in der *security community* der „immer engeren Union“ weiter ausdehnen und damit auch selbst stabilisieren zu können.

Stabilität äußert sich damit als in die Zukunft gerichtetes Projekt. Der europäische Argumentationszusammenhang des nach Wohlstand strebenden Friedens gibt für ganz Europa die Zukunft vor und nimmt damit ganz Europa in seine Zukunft mit hinein. Wenn ihm das durch eine mit dem Beitrittsversprechen bewährte Diplomatie gelingt, stabilisiert er auch zugleich sich selbst.

---

463 Wolfram F. Hanrieder, *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1994. 2. völlig überarbeitete und erweiterte Auflage* (Paderborn: Schöningh, 1995); Ludolf Herbst, *Option für den Westen* (München: dtv, 1989).

464 Frances Nicholson und Roger East (Hrsg.), *From the Six to the Twelve. The Enlargement Process of the European Communities* (Harlow: Longman, 1987).

Die Süderweiterung markierte den ersten Schritt hin zu dieser Argumentation, deren Ausmaß die europäische Praxis in der Chance des Umbruchs von 1989 so überraschend traf, dass sie beinahe überfordert gewesen wäre.<sup>465</sup> Nachdem sich das Ende des Kalten Kriegs abzuzeichnen begann, setzte sich, nach einem anfänglichen Leerlauf nationaler und bilateraler Versuche mit den Transformationsstaaten ins Gespräch zu kommen, die Argumentationslinie durch, dass die Herausforderung des Wandels nur innerhalb der europäischen Praxis geschultert werden könne. Die gemeinsame europäische Praxis wurde so der Rahmen zur Sicherung der osteuropäischen Reformen von westeuropäischer Seite.

Das Argument der Stabilität gab den Ausschlag für die Erweiterung: „To ensure Europe’s security, the EU would have to enlarge.“<sup>466</sup> In diesem Kontext entfaltete das Argument der Stabilität in der Errichtung des funktionalen Sprachspiels der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik langsam seine Wirkung. Zuerst musste sich die europäische Praxis mit der GASP einen Argumentationszusammenhang schaffen, der sicherstellte, dass sie die Herausforderung, als Stabilitätsanker für den Osten zu wirken, gemeinsam annahm und sich dabei nicht selbst destabilisierte.<sup>467</sup> Gerade das größer und stärker gewordene Deutschland musste besonders Frankreich gegenüber versichern, dass es keine alten Mitteleuropakonzepte<sup>468</sup> wieder aufleben lassen wollte, sondern als Teil der europäischen Praxis an der Ausdehnung dieser Praxis auf den Osten interessiert war und sich nicht anschickte, einen eigenen Hinterhof für neue, alte Machtprojektionen einzurichten. Die europäische Praxis bedurfte für diese Aufgabe dringend der von Jørgensen mit Bezug auf Gadamer formulierten Horizontverschmel-

---

465 Vgl. für die doch erzielten Erfolge als Stabilitätsanker im Transformationsprozess u.a. Christiane Frantz, *EU-Integration als Transformationsrahmen* (Opladen: Leske+Budrich, 2000).

466 Karen Smith, *The Making of EU Foreign Policy. The Case of Eastern Europe* (Houndmills: Macmillan, 1999) auf S. 119.

467 Die Bedeutung der GASP als nach innen gerichtete Stabilisierungsversuch ist das zentrale Argument bei Michael Kreft, *Die Europäische Union als Sicherheitsinstitution. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft im kulturell-institutionellen Kontext der europäischen Integration* (Osnabrück: Der Andere Verlag, 2002).

468 Dazu kritisch Bruno Schoch, "Renaissance der Mitte - Ein fragwürdiger Bestandteil deutscher Ideologie kehrt zurück," in *Deutschlands Einheit und die Zukunft Europas*, hrsg. von Bruno Schoch (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1992): 120-149.

zung.<sup>469</sup> Im funktionalen Sprachspiel der GASP und ihres verschmelzenden Horizonts einer gemeinsamen Wahrnehmung außenpolitischer Probleme konnte sich so ein gemeinsamer Argumentationszusammenhang aufbauen, der zur Implementierung der Stabilitätsargumentation gebraucht wurde. Das funktionale Sprachspiel der Erweiterungsvorbereitung übernahm dann im Anschluss die Argumentation und setzte die Stabilitätsargumentation auf seine Weise fort.

Mit der GASP war der Rahmen geschaffen, mit dem die europäische Praxis nicht nur ihre eigene Stabilität weiter gesichert hatte, sondern auch ihre Rolle als Stabilitätsanker für den Osten annehmen konnte. Ihre Aufgabe bestand darin, durch konditionalisierte Hilfe den Transformationsprozess zu begleiten und durch ihre Vorbildwirkung eine Zukunft anzuzeigen, an die die Transformationsstaaten mit der Aussicht eines Beitritts glauben konnten.<sup>470</sup>

Die Erfolge dieser Politik lagen vor allem im präventiven Bereich, aber auch in der Konfliktnachsorge.<sup>471</sup> Ein offener militärischer Konflikt, wie in Jugoslawien, überforderte sie. Am stärksten war sie, wenn das Angebot des Beitritts eine reale Option darstellte.

Mit den Beitrittsbedingungen und der Überwachung des Implementierungsprozesses erhielt die europäische Praxis entscheidenden Einfluss auf die Argumentation im Osten Europas. Argumente und Argumentationszusammenhänge, die von anderen Diskursen als den im europäischen Sprachspiel vorherrschenden genährt werden, z.B. ethno-nationalistische, verloren innerhalb der osteuropäischen Praxis ihre Legitimation, weil sie nicht mit der europäischen Praxis übereinstimmten und deswegen zum Ausschluss aus der europäischen Praxis führen würden. Wenn sie aber trotzdem Einfluss gewannen oder sogar dominant wurden, verlor die europäische Praxis ihre Möglichkeit über die Projektion einer gemeinsamen Zukunft stabilisierend zu wirken. Damit würde sich ein Gegendiskurs ent-

469 Knud Erik Jørgensen, "PoCo: The Diplomatic Republic of Europe," in *Reflective Approaches to European Governance*, hrsg. von Knud Erik Jørgensen (London: Macmillan, 1997): 167-180, auf S. 178.

470 Für diese Argumentation vgl. vor allem Karen Smith, *The Making of EU Foreign Policy. The Case of Eastern Europe* (Houndmills: Macmillan, 1999).

471 Neil Winn und Christopher Lord, *EU Foreign Policy beyond the Nation State* (Houndmills: Palgrave, 2001). Mathias Dembinski, "Kein Abschied vom Leitbild "Zivilmacht". Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Zukunft der Europäischen Außenpolitik," *HFSK-Report* 12 (2002); Christopher Hill, "The EU's Capacity for Conflict Prevention," *European Foreign Affairs Review* 6 (2001): 315-334.

fesseln, der die europäische Praxis selbst destabilisieren würde. Die europäische Praxis war daher sehr darum bemüht, diesen Gegendiskurs über das Zuckerbrot ihrer ökonomischen Argumentation des Wohlstands und die Konditionalität ihrer Hilfe in Schach zu halten. Wirtschaftliche Hilfen waren immer direkt an die Einhaltung der Menschenrechte gebunden. Die Beitrittsbedingungen mit einer realistischen Beitrittsperspektive waren im funktionalen Sprachspiel der Erweiterungsvorbereitung aber auch schon im stabilisierenden funktionalen Sprachspiel der GASP die zentralen Argumente.

Doch die europäische Praxis mischte sich auch direkt mit dem klassischen Instrument der diplomatischen Vermittlungen in drohende Konflikte ein. Nach dem Auseinandergehen von Tschechen und Slowaken bereitete die Slowakische Republik unter Vladimír Mečiar mit ihrer Politik gegenüber Minderheiten und anderen Menschenrechtsverletzungen erhebliche Sorgen. Die EU übte starken diplomatischen Druck aus und setzte ihre Hilfen aus. Für die interne slowakische Argumentation wurden die Abwahl Mečiar und sein Fernhalten von Regierungämtern durch die europäischen Argumente gestützt. Ähnlich verlief die Argumentation gegenüber Rumänien, als dort rechtspopulistische Parteien an der Regierung beteiligt wurden. Im Konflikt zwischen Ungarn und der Slowakischen Republik (bzw. davor der CSFR) gelang es der EU nach langwieriger und kontinuierlicher Begleitung der Verhandlungen diesen Konflikt nicht eskalieren zu lassen und die beiden Kontrahenten dazu zu bewegen, den Streit vor dem Internationalen Gerichtshof auszutragen. Diese Fähigkeit nahm in der erfolgreich erweiterten Union im Zuge der polarisierenden Politisierung ab und führte insbesondere mit Polen und Ungarn zu massiven Spannungen

Im Kontext des Stabilitätsarguments steht auch der Stabilitätspakt des französischen Ministerpräsidenten Édouard Balladur, den dieser auch in aufschiebender Absicht am 15. April 1993 vor dem Gipfel von Kopenhagen präsentierte. Die europäische Praxis akzeptierte die stabilitätspolitische Argumentation, mit der die hinauszüglernde Intention vorgetragen wurde, griff diese aber als unterstützend für den Weg der Erweiterung und nicht als deren Ersatz auf. Balladurs Plan sah vor, Minderheitenkonflikte und Grenzstreitigkeiten in einem kleineren Rahmen als dem der OSZE zu lösen. Entscheidend war, dass keine Grenzkonflikte in die EU hineingetragen werden sollten. Trotz der Bedenken gegenüber einer französischen Strategie, die OSZE und damit Amerikas Einfluss in Europa zu unterminieren, kam der Sondergipfel vom 29. Oktober 1993 darin überein, als erste Ge-

meinsame Aktion der neuen GASP den Stabilitätspakt mit neun mittel- und osteuropäischen Staaten zu beschließen. Dabei war aber klar, dass der Stabilitätspakt nur Probleme zwischen den mittel- und osteuropäischen Staaten untereinander lösen sollte. Albanien und Slowenien, die Minderheitenkonflikte mit Griechenland bzw. Italien hatten, durften nicht beitreten. Nach einem Jahr Verhandlungen wurde der Pakt bei der Konferenz am 20./21. März 1995 in Paris mit einer feierlichen Erklärung verabschiedet, der über 100 Übereinkommen zwischen den direkt beteiligten Staaten und ihren Nachbarn angehängt wurde. Unter der Führung Frankreichs machte hier die europäische Praxis den, wenn auch vorerst nur symbolischen Anspruch geltend, Europa selbst zu befrieden.<sup>472</sup>

Der gleiche Anspruch wurde auch für den Konflikt im zerfallenden Jugoslawien erhoben. Doch der Krieg in Jugoslawien zeigte nicht nur die Schwäche der europäischen Praxis, auf die Reaktion darauf wird im nächsten Abschnitt einzugehen sein, sondern auch die bereits entwickelte Stärke. Entlang der Argumentationslinien, die bis in den Ersten Weltkrieg hineinreichten, zog sich der Bruch durch die europäische Praxis, welchen Argumenten man im zusammenbrechenden Jugoslawien Gehör schenken sollte. Inhaltlich konnte keiner den anderen überzeugen. Deutschland war zu der Ansicht gekommen, dass Jugoslawien am Ende war und man den Konflikt durch die staatliche Anerkennung der Teilrepubliken Slowenien und Kroatien in befriedende internationale Bahnen lenken müsse. Unter der Führung von Frankreich und Großbritannien waren die anderen Europäer der Ansicht, dass Jugoslawien erhalten werden könnte und müsste oder dass zumindest der serbischen Argumentation mit Druck auf Kroatien entgegenzukommen wäre. Die inhaltliche Argumentation in dieser Frage war festgefahren. Nun brach Deutschland die Regel, dass es seine Außenpolitik nur im Konsens mit den anderen gestalten würde. Damit wurde von Deutschland, das sich gerade mit der Argumentation des Selbstbestimmungsrechts der Völker wiedervereinigt hatte, die Stabilität der europäischen Praxis im gerade entstandenen funktionalen Sprachspiel der GASP aufs Äußerste getestet, ja in dem durch die Einheit ohnehin nicht leichten Umfeld der Aussöhnungsargumentation bis in die Tiefen des europäischen Argumentationszusammenhang hinein ausgereizt. Um die europäische Argumentation nicht zu gefährden, brachen nun die anderen Europäer eine

472 Karen Smith, *The Making of EU Foreign Policy. The Case of Eastern Europe* (Houndmills: Macmillan, 1999) auf S. 135-161.

weitere Regel, nämlich die, dass Deutschland in der europäischen Außenpolitik nicht führt. Gegen ihre eigenen Überzeugungen überließen nun Frankreich und Großbritannien Deutschland die Führung in der Argumentation gegenüber dem Konflikt auf dem Balkan und Slowenien und Kroatien wurden anerkannt. Das Argument der eigenen Stabilisierung durch das funktionale Sprachspiel der GASP war innerhalb des europäischen Argumentationszusammenhangs so durchsetzungsstark verankert, dass es sich auch in dieser Krisensituation als belastbar erwies.<sup>473</sup> Damit war aber nun in keiner Weise die Durchsetzungsfähigkeit der deutschen und nun europäischen Argumentation gegenüber Jugoslawien erreicht. Sie erwies sich vielmehr als Fehlschlag, der dann im Krieg um Bosnien deutlich wurde.

Der Bruch in der GASP fand erst eine Dekade später in dem außereuropäischen Argumentationszusammenhang<sup>474</sup> des Irakkriegs statt, als ein Großteil der europäischen Partner unter der Führung Großbritanniens die deutsch-französische Kritik an den USA nicht mittragen wollte. Innerhalb des Friedensarguments kommt die Stabilität des transatlantischen Argumentationszusammenhangs immer noch vor der Stabilität der europäischen Praxis.

Im topischen Sprachspiel der Stabilität schien damit die neue Konstellation des Friedensarguments nach dem Ende des Ost-West-Konflikts auf. Zuerst versicherte sich das Friedensargument mit der deutschen Zusicherung, nach der Einheit in der europäischen Praxis zu bleiben, die Stabilität seiner Grundlage in der Aussöhnung. Damit begann es den Aufbau seines funk-

---

473 Thomas Jäger, Jens Paulus und Katrin Winter, "Macht Führung Regeln? Die Koordination der Außenpolitiken der EG-Staaten im Konflikt um Jugoslawien 1991/92," in *Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung*, hrsg. von Michèle Knodt und Beate Kohler-Koch (Frankfurt am Main: Campus, 2000): 110-134.

474 Vgl. dazu John Peterson und Mark Pollack (Hrsg.), *Europe, America, Bush: Transatlantic Relations in the 21st Century* (London: Routledge, 2003). Der alte Topos von „Europas Rolle in der Welt“, der ebenfalls zentral das funktionale Sprachspiel der GASP begründet, hat es wesentlich schwerer, eine gemeinsame Politik anzustoßen als das Stabilitätsargument im Zusammenhang mit dem Europaargument. Vgl. zur GASP und Europas Rolle in der Welt u.a. Marc Gottschald, *Die GASP von Maastricht bis Nizza* (Baden-Baden: Nomos, 2001); Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), *Europäische Außenpolitik. GASP- und ESVP-Konzeptionen ausgewählter EU-Mitgliedstaaten* (Baden-Baden: Nomos, 2002); Simon J. Nuttall, *European Foreign Policy* (Oxford: Oxford University Press, 2000); Pierre Willa und Nicolas Levrat (Hrsg.), *Actors and models. Assessing the European Union's External Capability and Influence* (Genf: Université de Genève, 2001); Neil Winn und Christopher Lord, *EU Foreign Policy beyond the Nation State* (Houndmills: Palgrave, 2001).

tionalen Sprachspiels der GASP. Dessen Aufgabe war es, bevor das funktionale Sprachspiel der Beitrittsvorbereitung eingesetzt werden konnte, Mittel- und Osteuropa zu stabilisieren, indem es den Beitritt in Aussicht stellte und über dieses Angebot die Politik der mittel- und osteuropäischen Staaten beeinflusste. Das funktionale Sprachspiel der GASP war im Jugoslawienkrieg bereits in seiner Außenwirkung überfordert, hielt aber zusammen. Erst im gaullistischen Verstoß gegen die transatlantische Argumentationslinie des Irakkriegs kam es zum offenen Bruch. Die Stärke der Zivilmacht EU liegt in der Prävention, durch ihre Vorbildwirkung und ihr Beitrittsangebot. Darauf mochte sich die europäische Praxis jedoch nicht beschränken und rüstete auf.

#### § 4: Das topische Sprachspiel von St. Malo

Am topischen Sprachspiel von St. Malo von 1998 lässt sich zeigen, wie die Militarisierung des Friedensarguments einsetzte und schließlich scheiterte. Mit dem Brexit 2020 und dem epochalen Abzug der Nato aus Afghanistan 2021 wurde sie ihrer externen Grundlage beraubt. Die Militarisierung gelang nicht über eine kollektive Verteidigung – wie mit der EVG gescheitert oder auch mit der Beistandsklausel bei der Integration der WEU zumindest eingeschränkt geglückt. Sie gelang auch nicht über dem immer wieder auftauchenden Topos von „Europas Rolle in der Welt“ – wie mit der GASP nur mäßig erfolgreich. Sie gelang über die Militarisierung des Stabilitätsarguments hin zu einer Argumentation der Intervention im noch nicht integrationsbereiten und integrationsfähigen, aber doch zum europäischen Argumentationszusammenhang gehörenden Teil des Kontinents. Die Verschiebung jeder militärischen Argumentation in die transatlantische Praxis wurde unter diesen neuen Voraussetzungen eingeschränkt revidiert, erwies sich jedoch nicht als nachhaltig.

Das Scheitern des funktionalen Sprachspiels der GASP am Konflikt auf dem Balkan und die Abhängigkeit von den USA bei der Beilegung dieses Konflikts, der als genuin europäisch angesehen wurde,<sup>475</sup> gab den Anstoß zu dieser Militarisierung und zum Aufbau eines funktionalen Sprachspiels

---

475 Vgl. u.a. Carsten Giersch, *Konfliktregulierung in Jugoslawien 1991 - 1995. Die Rolle der OSZE, EU, UNO und NATO* (Baden-Baden: Nomos, 1998); Victor Meier, *Wie Jugoslawien verspielt wurde* (München: Beck, 1995); Jonathan Eyal, *Europe and Yugoslavia: Lessons From a Failure* (London: Royal United Services Institute for Defence Studies, 1993).

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.<sup>476</sup> Der Kosovokrieg hat die Dringlichkeit der Militarisierung des Stabilitätsarguments weiter verschärft.<sup>477</sup> Um das Stabilitätsargument glaubwürdig auch in militärischen Konflikten auf europäischem Boden vertreten zu können, schien die europäische Praxis bereit, militärisch aufzurüsten. Dabei wurde der alte gaullistisch-transatlantische Gegensatz virulent.

In St. Malo verabredeten Frankreich und Großbritannien 1998 ihre Initiative zur europäischen Sicherheitspolitik.<sup>478</sup> Frankreich und Großbritannien waren die Repräsentanten der gaullistischen bzw. der transatlantischen Argumentationslinie. Die Heterogenität der europäischen Praxis im sicherheitspolitisch besonders relevanten Verhältnis zu den USA wurde in dieser Konfliktlinie repräsentiert und musste deswegen von diesen beiden Partnern ausgehandelt werden. Im topischen Sprachspiel lassen sich somit die Möglichkeiten und Grenzen einer *re-securitization* des Friedensarguments überprüfen.

Die Grundstruktur des transatlantischen Leerlaufs sieht meist so aus, dass die USA aus ihrem eigenen Argumentationszusammenhang heraus eine Argumentation beginnen, die nicht mit dem europäischen Argumentationszusammenhang konform geht und die deswegen zu einer Störung in der Praxis der transatlantischen Beziehungen führt. Daraufhin reagieren die Europäer mit dem Topos, dass Europa seine Sicherheit aus eigener Kraft gewährleisten muss, was solange zu hektischer Betriebsamkeit führt, bis sich wieder das Argument durchsetzt, dass Europa ohne die USA nichts auf die Beine stellen kann. Sobald die Argumentation wieder etabliert ist, dass die Europäer weder willens noch in der Lage sind, ihre militärischen

---

476 Charles Cogan, *The Third Option. The Emancipation of European Defense 1989-2000* (Westport: Praeger, 2001); Kristina Gerteiser, *Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union* (Frankfurt am Main: Peter Lang, 2002); Werner Hoyer und Gerd F. Kaldrack (Hrsg.), *Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Der Weg zu integrierten Europäischen Streitkräften* (Baden-Baden: Nomos, 2002).

477 Barbara Lippert, "Von Kopenhagen bis Kopenhagen: Eine erste Bilanz der EU-Erweiterung," *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. BI-2 (2003) 7-15, auf S. 8f. Zum Kosovokrieg vgl. u.a. Peter van Ham und Sergej Medvedev, *Mapping European Security after Kosovo* (Manchester: Manchester University Press, 2002); Martin Pierre (Hrsg.), *Alliance politics, Kosovo and NATO's War* (New York: Palgrave, 2000); Jens Reuter (Hrsg.), *Der Kosovo-Konflikt* (Klagenfurt: Wieser, 2000).

478 Francois Heisbourg, *European Defence: Making it Work (Chaillot Papers 43)* (Paris: 2000); Maartje Rutten, *From St. Malo to Nice. European defence - core documents (Chaillot Papers 43)* (Paris: 2001).

Kräfte nicht nur zu bündeln, sondern auch zu stärken, beginnt sich die transatlantische Praxis wieder zu stabilisieren.

Auf der anderen Seite gibt es in der transatlantischen Praxis auch den amerikanischen Topos der Lastenteilung, der schon zu Zeiten des Kalten Kriegs immer präsent war, in der neuen NATO der 1990er Jahre aktuell blieb und mit dem „Krieg gegen den Terror“ wieder in einem neuen, dringlichen Kontext gestellt wurde, der nur noch von der ungewohnt harten Rhetorik des US-Präsidenten Donald Trump (2017-2021) in den Schatten gestellt wurde. Trump wollte in Anbetracht amerikanischer Schwäche und chinesischer Herausforderung den Eigenanteil der Europäer an ihrer Verteidigungsfähigkeit im abgemachten Rahmen von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts auch realisiert sehen, worauf auch sein Nachfolger bestand. Jenseits der auf die Nato bezogenen Einforderung von europäischer Beteiligung käme in der größeren sicherheitspolitischen Dimension der Lastenteilung der EU die Rolle zu, an der Seite der USA die Aufgabe langwieriger *Peace-Building*-Einsätze und die einer vorausschauenden Präventionspolitik zu übernehmen.

Für die Vorgeschichte von St. Malo lässt sich festhalten, dass die USA wenig dagegen einzuwenden gehabt hätten, wenn sich Europa auf dem Balkan erfolgreicher bewährt hätte. Darin liegt die Voraussetzung begründet, warum die Vertreter der transatlantischen Argumentationslinie zum Kompromiss mit der gaullistischen Position bereit waren und in eine Militarisierung des europäischen Stabilitätsarguments einwilligten. Für stabilisierende Aufgabenstellungen, zu denen die europäische Praxis mit Billigung der USA allein oder in Zusammenarbeit mit Amerika beitragen konnte, sollte die EU auch gerüstet sein.

Großbritannien vertrat dementsprechend in St. Malo die Position, neben und in enger Abstimmung mit der NATO, die weiterhin für die Allianz mit Amerika in allen essentiellen Fragen der Verteidigung stehen sollte, ein militärisches funktionales Sprachspiel für die europäische Praxis zu errichten. Es sollte dazu in der Lage sein, die USA effektiv zu unterstützen bzw. kleinere europäische Probleme auch ohne die USA zu lösen. Frankreich war bestrebt, diese Kapazitäten weiter auszubauen, um möglichst auch für größere Probleme gerüstet zu sein. Für die französische Position wäre die Duplizierung der NATO-Strukturen durch europäische kein Problem, sondern vielmehr wünschenswert gewesen. Doch genau dies war für Großbritannien und die transatlantische Argumentationslinie problematisch. Die Militarisierung der europäischen Praxis soll auf Stabilisierungsaufgaben beschränkt und in die transatlantische Praxis eng eingebunden bleiben.

Die erfolgreiche Vermittlungstätigkeit des funktionalen Sprachspiels der GASP in Mazedonien war der erste Test nach dem Kosovokrieg, den die europäische Praxis in einem bereits ausgebrochenen Konflikt bestand. Die Ablösung der dann gestarteten friedenssichernden NATO-Mission durch die ESVP kann als erste Bewährungsprobe für die Militarisierung des Friedensarguments gelten. Noch vor dem Abschluss dieser Aufgabe unternahm das funktionale Sprachspiel der ESVP einen für seine Verhältnisse sehr ambitionierten, aber vom Routinier Frankreich weitgehend übernommenen, symbolischen Schritt: die kurze Mission im Kongo. Dann schloss sich 2004 die bis dahin größte Militäroperation, Althea in Bosnien, an, die bald zwanzig Jahre später ohne Aussicht auf ein Ende immer noch läuft. Andere Missionen schlossen sich an. Zuletzt scheiterte die Ausbildungsmission für die Streitkräfte Malis, die seit 2013 lief, aber 2022 nach Niger umgesetzt wurde, da die Regierung Malis lieber mit der russischen Wagner-Gruppe zusammenarbeitete, die sich zeitgleich maßgeblich am russischen Überfall auf die Ukraine beteiligte.

Jenseits der ambivalenten Erfolgsbilanz der militärischen und zivilen Missionen erfüllte die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit ihrem Fokus auf Krisenintervention jenseits der Verteidigung europäischer Grenzen eine weitere Funktion. Das topische Sprachspiel von St. Malo und sein Kompromiss zwischen transatlantischer und gaullistischer Position in der Militarisierung des Stabilitätsarguments band noch einen weiteren dritten Partner indirekt ein: die Argumentationslinie der neutralen bzw. bündnisfreien Staaten. Die EU-Mitgliedstaaten Irland, Österreich, Finnland und Schweden gehörten damals nicht zur NATO und wollten auch keiner anderen Verteidigungsallianz angehören.<sup>479</sup> Sie stützen damit indirekt die transatlantische Position, da die EU unter Einschluss der bündnisfreien Mitglieder nicht in einen Beistandspakt umgewandelt werden kann. Als im November 2000 die Übernahme der meisten Aktivitäten der WEU durch die EU beschlossen wurde, bewahrte nur der nicht übernommene Beistandsartikel diese vor ihrer vollständigen Auflösung; später gelang dann die vollständige Integration über einen Ausnahmepassus. Das funktionale Sprachspiel der ESVP ist auch deswegen nur durch das Stabili-

---

479 Für eine Diskussion dieser Frage vgl. Michael Gehler und Rolf Steininger (Hrsg.), *Die Neutralen und die europäische Integration 1945-1995 / The Neutrals and the European Integration 1945-1995* (Wien: Böhlau, 2000). Unter dem Eindruck des russischen Angriffs auf die Ukraine beantragten Schweden und Finnland 2022 den Beitritt zur Nato.

tätsargument begründet, wie es sich in den Petersberger Aufgaben niederschlägt.<sup>480</sup>

Auch wenn sich das funktionale Sprachspiel der Petersberger Aufgaben Europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik nannte und damit die Verteidigung in den Namen aufnahm, wurde dieses funktionale Sprachspiel keine Vorstufe zu einer Verteidigungsunion im Sinne eines klassischen Beistandspakts. Denn die Namensgebung leitete sich weder aus der inhaltlichen Aufgabenstellung noch aus der anvisierten Zukunft ab; mit „Europäischer Interventions- und Befriedungspolitik“ konnte es nur nicht benannt werden. Der Begriff der Intervention gilt nur unter sehr begrenzten Umständen als legitim und kann daher zum Aufbau eines eigenen funktionalen Sprachspiels nicht genutzt werden. Da alles was direkt militärische Kapazitäten involviert nur mit dem Topos „Verteidigung“ zu legitimieren ist, tritt dieses sich dort entwickelnde funktionale Sprachspiel unter dem Namen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf. Die europäische Praxis kommt hier in die paradoxe Situation, dass innerhalb ihres eigenen Argumentationszusammenhangs nur über das Argument der stabilisierenden Intervention eine Militarisierung des Friedensarguments möglich war. Dieser für den europäischen Argumentationszusammenhang mögliche Weg kann aber im sonst in Europa geltenden Diskurs des Militärischen nur als Sicherheits- und Verteidigungspolitik legitimiert werden, der sich im europäischen Argumentationszusammenhang gerade als nicht durchsetzungsfähig erwiesen hatte.

An dieser Grundkonstellation hatte sich auch durch die Umbenennung der ESVP in eine Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch den Vertrag von Lissabon 2007 nichts geändert. Selbst die vorsichtige Integration der Beistandsverpflichtung aus dem WEU-Vertrag und die schlussendliche Auflösung der WEU änderte daran nichts. Die Unruhen und Bürgerkriege im Anschluss an den Arabischen Frühling offenbarten die Europäer ihre militärische Schwäche. Zwar weckte der Widerstand gegen Gaddafi in Libyen manche Ambitionen, führten aber im europäischen Rahmen nur zu einer kleinen Mission. Von Libyen bis Syrien,

---

480 Der Sonderfall Dänemark war zwar Gründungsmitglied der NATO, trug aber die Militarisierung des Stabilitätsarguments in der ESVP nicht mit. Sein *Opting-out* führt dann dazu, dass es als NATO-Mitglied an der Mission in Mazedonien teilnahm, bei der Übernahme durch die EU aber seine Soldaten zurückholen musste. Unter dem Eindruck des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine stimmte Dänemark im Sommer 2022 bei einem Referendum für die volle Teilnahme.

vom Jemen gar nicht zu sprechen, zeigte sich keinerlei Ansätze für eine Befriedungsfähigkeit der Europäer jenseits des Mittelmeers.

Der Brexit von 2020 hatte für die Grundkonstellation keine, aber für die militärischen Fähigkeiten des funktionalen Sprachspiel der GESVP gravierende Folgen. Französische Ambitionen, nach dem Ausscheiden der Briten nun ein gaullistisches Europa unabhängig von den USA durchzusetzen, scheitern an der Unglaubwürdigkeit französischer Macht, die sich nicht einmal in Mali gegen den russischen Einfluss durchsetzen konnte. Ohne die atomare Militärmacht Großbritannien, die zudem insgesamt über die stärksten Streitkräfte Europas nach Russland verfügt, kann das funktionale Sprachspiel der GESVP keine autonomen Fähigkeiten entwickeln. Auch nach dem epochalen Abzug der USA und der Nato aus Afghanistan wird es weiter kleiner Interventionen geben, die auch durch europäische Missionen übernommen werden können. Die Evakuierung aus dem Sudan im April 2023 beispielsweise wurde europäisch koordiniert, aber von den Mitgliedsstaaten unter eigener Flagge vorgenommen und nicht in eine Mission integriert. Die Militarisierung der europäischen Stabilitätspolitik ist weitgehend verpufft. Die große Zeit einer durch Interventionen gestützten Globalisierung endete mit dem programmatisch unterfütterten Abzug der USA aus Afghanistan. Selbst im Rahmen westlich dominierter Globalisierung war die europäische Interventionspolitik nur von geringem Erfolg begleitet. Ohne diesen Rahmen wird es sie kaum geben. Die Verteidigung Europas gegenüber der russischen Aggression wird sich im Argumentationszusammenhang des Westens und nicht im europäischen Argumentationszusammenhang orientieren. Die französische Initiative einer Europäischen Politischen Gemeinschaft, wie sie im Oktober 2022 mit einem Treffen in Prag von 44 europäischen Staats- und Regierungschefs etabliert wurde, dürfte über ein Konsultationsforum kaum hinauskommen.

### § 5: Das funktionale Sprachspiel der Nachbarschaftspolitik

Das funktionale Sprachspiel der Nachbarschaftspolitik wurde als Variante des Stabilitätsargument aufgebaut, um auch ohne eine mittelfristige Beitrittsperspektive den fragileren Anrainerstaaten jenseits des Europäischen Wirtschaftsraums Kooperationsangebote machen zu können. Hier sollte weder eine militärische Befriedung, noch eine Beitrittsperspektive, sondern die sanfte Macht des Vorbilds und der losen Kooperation Stabilität generieren. Dieser Ansatz glückte genauso wenig wie das topische Sprachspiel von

St. Malo. Statt eines „Ring of Friends“ entwickelte sich an der Peripherie der europäischen Praxis ein „Ring of Fire“.<sup>481</sup>

Die Nachbarschaftspolitik ging auf eine Initiative der Kommission von 2004 zurück, die ein funktionales Sprachspiel jenseits der Erweiterungspolitik schaffen sollte. Im Zuge der großen Beitrittsrunde von 2004 und des Beitrittsversprechens von Thessaloniki von 2003 an den Westbalkan stand die Frage im Raum, wie die EU mit den Nachbarländern umgehen sollte, denen sie diese Beitrittsperspektive nicht geben wollte, die aber doch so eng mit dem europäischen Raum verflochten schienen, dass dafür ein eigener Rahmen für Kooperationsabkommen gefunden werden musste. Die europäische Praxis traute sich zwar die Fortsetzung der Kombination aus Vertiefung und Erweiterung nicht mehr zu, erhob aber doch den Anspruch, ihr geopolitisches Umfeld in ihrem Sinne zu gestalten. Dieser geopolitische Gestaltungswunsch sollte völlig ohne eine robuste militärische Unterfütterung auskommen und auch jeden Anschein einer asymmetrischen Hinterhofpolitik vermeiden. Durch die verweigerte Beitrittsperspektive war aber nicht zu vermeiden, dass der exklusive Club der europäischen Praxis nur eine Rhetorik der Augenhöhe mit seinen Nachbarn pflegen konnte. Während der Normtransfer der Erweiterungspolitik mit dem Angebot für die Beitrittskandidaten einherging, die Normen der europäischen Praxis nach vollzogenem Beitritt gleichberechtigt mitgestalten zu können, fehlte diese nachholende Gleichheit in der Nachbarschaftspolitik gänzlich. Auch eine eigene Reformanstrengung war der europäischen Praxis die Nachbarschaftspolitik im Gegensatz zur Erweiterungspolitik nicht wert. Vielmehr sollte diese Mühe durch die Nachbarschaftspolitik gerade vermieden werden. Trotz des einladenden Charakters, der gänzlich ohne eine harte Hand geopolitischer Machtdemonstration auskommen wollte und sich auch mit dem Einsatz finanzieller Mittel sehr sparsam zeigte, behielt die Nachbarschaftspolitik eine asymmetrische Struktur sanfter Macht.

Der Rahmen der Nachbarschaftspolitik erlaubte eine regelbasierte und werteorientierte Kooperation, die sich in einer breiten Palette von Politikfeldern bilateral für jeden Partner differenziert gestalten ließ. Gleichzeitig wurden zwei regionale Schwerpunkte im Osten und im Süden, also im

---

481 Kommissionpräsident Romano Prodi prägte die Metapher „Ring of Friends“, an die sich im Scheitern die Metapher „Ring of Fire“ anschloss.

postsowjetischen Osteuropa westlich von Russland und am Mittelmeer gebildet.<sup>482</sup>

Sekundiert von einer vielleicht zu euphorischen Wissenschaft erhoffte sich die europäische Praxis Selbstläufereffekte des Norm- und Regeltransfers.<sup>483</sup> Die europäische Praxis schien so attraktiv, dass nur wenig Mühe an finanziellem Aufwand und sanfter Diplomatie nötig schien, um einen komplexen geopolitischen Spannungsbogen in einer Mischung aus Demokratisierungspolitik und Handelskooperation zu befrieden.

Für den Mittelmeerraum lief bereits seit 1995 der sogenannte Barcelona-Prozess,<sup>484</sup> der die Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas an die europäische Praxis binden sollte. Dieser Prozess interessierte vor allem die südlichen Mitgliedsländer der europäischen Praxis, die besonders an der Stabilität dieses Raumes interessiert waren. Die Frage der Migration aus Afrika und dem Nahen Osten war in den 1990er Jahren zwar auch schon jenseits der Alpen ein Thema, doch wurde es von den Herausforderungen der Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa, insbesondere der jugoslawischen Nachfolgekriege, weitgehend in den Schatten gestellt. Erst als der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy 2007 in gaullistischer Tradition französische Führungsfähigkeit jenseits der europäischen Praxis einforderte und eine Mittelmeerunion der Anrainer, aber ohne die EU und ihre nördlichen Mitglieder, initiierte, stellte sich Deutschland unter der Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel quer und verlangte eine Einbindung des Projekts in den Rahmen des europäischen Argumentationszusammenhangs. Die europäische Stabilitätsprojektion in den Süden sollte durch die europäische Praxis gesteuert werden und nicht unter der Führung Frankreichs vonstattengehen. Frankreich gab darin nach, hatte aber endlich eine Priorität für das Mittelmeer im europäischen Argumentationszusammenhang durchgesetzt. 2008 kamen in Paris 43 Ländern zusammen, um die Union für den Mittelmeerraum zu gründen. Die Mitglieder der Europäischen Union schlossen den Vertrag zur Gründung der Mittelmeerunion mit den Staaten des Westbalkans und allen nordafrikanischen Mittelmeer-

---

482 Tobias Schumacher, Andreas Marchetti, Thomas Demmelhuber (Hrsg.) *The Routledge Handbook on the European Neighbourhood Policy* (London: Routledge, 2018).

483 Ian Manners, "Normative power Europe. A Contradiction in terms?." *Journal of Common Market Studies* 2 (2002): 235-258.

484 Die Mittelmeerpolitik der europäischen Praxis hat eine Vorgeschichte, die darüber hinaus geht: Tobias Schumacher, *Die Europäische Union als internationaler Akteur im südlichen Mittelmeerraum. „Actor Capability“ und EU-Mittelmeerpolitik* (Baden-Baden: Nomos 2005).

anrainern (Libyen nur als Beobachter) sowie mit Israel, Jordanien, dem Libanon, Syrien (im Zuge des Bürgerkriegs suspendiert) und der Türkei. Mit Sitz in Barcelona wurde eine Institution ins Leben gerufen, die sowohl regelmäßige Konsultationstreffen wie konkrete Kooperationsprojekte vom Schutz und der Nutzung des Mittelmeers über Handelserleichterung bis zum Bildungsaustausch finanzieren und organisieren sollte. Damit schien die südliche Flanke der europäischen Praxis eingebunden.

Der postkommunistische Raum Mittel- und Osteuropas ging den Weg des Beitritts, einschließlich des postsowjetischen Baltikums. Für die anderen europäischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion schien dieser Weg nicht gangbar.<sup>485</sup> Eine bleibende Nähe zu Moskau verhinderte für Belarus, Moldau und die Ukraine wie die drei Kaukasusländer Armenien, Aserbeidschan und Georgien die Fortsetzung der Erweiterungspolitik. Der Topos von der Nähe zu Moskau schimmerte in ambivalenten Farben. Einerseits ging es tatsächlich um eine Orientierung an Russland wie sie in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten in der Nachfolge der UdSSR, aber auch in der Tradition des Zarenreichs von einigen gewünscht wurde. Andererseits erhob Moskau auch einen eigenen, immer militärisch abgesicherten Gestaltungsanspruch. Die Sowjetarmee wurde aus dem transnistrischen Teil von Moldau nie abgezogen, sondern in eine russische Schutztruppe für das separatistische Faustpfand umgewandelt. Sewastopol auf der ukrainischen Krim blieb der vertraglich garantierte Heimathafen der ehemals sowjetische, jetzt russischen Schwarzmeerflotte. Russland trat, unterstützt vom Westen, als Nachfolgestaat der Sowjetunion das Erbe der Atommacht an, auf das die Ukraine verzichtete; gegen eine Garantie ihrer territorialen Unversehrtheit, die im Memorandum von Budapest niedergelegt wurde, was aber Russland nicht davon abhielt, dagegen zu verstoßen und die westlichen Atomkräfte auch nicht dazu veranlasste, die Nuklearmacht Ukraine wiederherzustellen. In Georgien setzte Moskau ebenfalls auf separatistische Kräfte, um einen Brückenkopf zu erhalten. Im Konflikt mit Aserbeidschan blieb Armenien auf die Hilfe Moskaus angewiesen. Aserbeidschan hingegen, das auf seinem Gebiet lange die armenische Enklave Berg-Karabach dulden musste, gewann gleichzeitig durch ein autokratisches Rohstoffregime eigenen Handlungsspielraum auch gegenüber der EU, ohne auf deren normative Macht positiv zu reagieren.

---

485 Zu den prekären Differenzierungsprozessen der Östlichen Partnerschaft vgl. Tobias Schumacher, "Die Europäische Union, die Östliche Partnerschaft und „Assoziierung Plus“". *integration* 3 (2019): 205-217.

Diese ambivalente Nähe zu Moskau schloss den postsowjetischen Raum aus der Riege der mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten für die EU aus. Dennoch sah die europäische Praxis einen eigenen Gestaltungsbedarf, der jedoch eher mit als gegen Moskau verwirklicht werden sollte. Dennoch war klar, dass der geopolitische Zwischenraum sich sowohl von Moskau selbst wie von den zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion unterschied. Ein Kooperationsabkommen mit Moskau oder eine Strategie für Zentralasien ging die europäische Praxis anders an, als die Gestaltung ihres Grenzraums, der zur freundlichen Nachbarschaft assoziierter Staaten werden sollte.

Vor allem durch die Initiative Polens und Schwedens gewann die vertragliche Gestaltung dieser Ambition an Fahrt. 2009 wurde die Östliche Partnerschaft auf dem Gipfel in Prag zwischen der EU und den sechs postsowjetischen Partnerstaaten besiegelt. Die europäische Nachbarschaftspolitik bekam damit eine zweite Regionalordnung. Auch wenn mit dieser Raumstrukturierung bereits eine Rivalität gegenüber Moskau Konturen annahm, war die Frage einer kooperativen Einbindung Russlands in diesen Gestaltungswillen der europäischen Praxis noch nicht entschieden.<sup>486</sup>

Obwohl die europäische Praxis aus ihrem Argumentationszusammenhang heraus sowohl am Mittelmeer wie im postsowjetischen Raum vorsichtig und zurückhaltend agierte, die Problematik der Überdehnung nicht verkannt und lediglich mit wenig Kosten einen Stabilitätsanker auswerfen wollte, unterstützte diese Politik Prozesse der Destabilisierung. Deren Faktoren waren nicht von der europäischen Praxis induziert. Die normative Macht der EU und ihr transformativer Demokratisierungsanspruch standen aber auch gegen eine Stabilisierungsvariante des Einfrierens autokratischer Strukturen.

Sowohl am Mittelmeer wie im postsowjetischen Raum lässt sich diese Schwäche des europäischen Argumentationszusammenhangs im funktionalen Sprachspiel der Nachbarschaftspolitik aufzeigen. Der Arabische Frühling und die Entwicklung der Ukraine in ihrem Unabhängigkeitskonflikt mit Moskau, der zu einem offenen russischen Aggressionskrieg wurde, lassen sich als topische Sprachspiele für das Scheitern der europäischen Praxis heranziehen.

Der Arabische Frühling hat seine ganz eigene Entstehungsdynamik, die nicht auf die normative Macht der EU oder eine strategische Demokra-

---

486 Vgl. für den Kaukasus: Michèle Knodt und Sigita Urdze (Hrsg.), *Caucasus, the EU and Russia – Triangular Cooperation?* (Baden-Baden: Nomos, 2016).

tisierungsanstrengung zurückzuführen wäre. Abgesehen davon, dass die Mittelmeerunion so wenig ausgebaut war, dass überhaupt wenig Effekte von ihr ausgehen konnte, stand die Demokratisierungspolitik in den islamischen Ländern des südlichen Mittelmeers vor Ambivalenz ganz eigener Art. Denn freie Wahlen würde die säkularen Autokratien relativ schnell in islamistische Republiken verwandeln, die dem liberalen Wertekanon der europäischen Praxis nicht entsprechen und wohl auch keine Weiterentwicklung in diese Richtung begünstigen oder auch nur zulassen würden. Aus dieser Konstellation muss kein kulturalistischer Schluss für die Demokratieunfähigkeit des Islams gezogen werden. Es ging dort vielmehr um die Formierung einer Gegenelite, die ihren Herrschaftsanspruch sozialreligiös legitimiert und darüber ein zukünftiges Machtmonopol gegenüber der alten Elite absichern möchte. Eine Kooperation mit der postchristlichen, säkularen europäischen Praxis spielt aus deren Perspektive eine untergeordnete Rolle. Der frühe Erdogan versuchte für die Türkei eine Variante der islamistischen Europäisierung, für die er auch in der Mittelmeerunion stand und im arabischen Frühling zunächst eintrat. Der Zusammenbruch des Arabischen Frühlings in Bürgerkriegen, islamistischen Wahlsiegen und autoritären Gegenschlägen drängte auch den Beitrittskandidaten Türkei auf einen anderen Pfad. Die Nachbarschaftspolitik der EU scheiterte gänzlich.

Doch danach sah es während der Sozialproteste und dem Sturz langjähriger Diktaturen anfänglich nicht zwingend aus.<sup>487</sup> In Libyen sah sich vor allem Frankreich sogar in der Pflicht, militärisch zu intervenieren, um die aufständischen Kräfte, die zumindest teilweise keine islamistische Agenda hatten, vor den Gegenschlägen des alten Regimes zu schützen. In Tunesien schien sich anfänglich sogar ein zivilgesellschaftlich abgesicherter Wandel zu einer Demokratie abzuzeichnen, die in das normative Raster der europäischen Praxis hätte passen können. Beide Varianten, von der autoritären Befriedung in Ägypten oder dem syrischen Bürgerkrieg ganz abgesehen, hatten keinen Erfolg. Die europäische Nachbarschaftspolitik konnte beim Zusammenbruch ihrer normativen Macht keinerlei harten Machtmittel nachlegen und dort wo sie es über ihre sicherheitspolitisch robusten Mitglieder indirekt versuchte, hatte diese nicht die Fähigkeit sich durchzusetzen. Da die USA nach dem Desaster des Irakkriegs nicht mehr bereit waren, die weltpolizeiliche Rolle im Nahen Osten zu spielen und darüber die Schwäche Europas auszugleichen implodierte der angestrebte

---

487 Mariano Barbato, "Postsecular Pevolution: Religion After the End of History," *Review of International Studies* 5 (2012): 1079-1097.

Stabilitätsraum guter Nachbarschaft nicht nur, er rief auch andere Mächte auf den Plan, denen im Falle Russlands an einer Destabilisierung, nicht nur des südlichen Mittelmeers, sondern auch der europäischen Küsten und damit der europäischen Praxis gelegen war. Der ohnehin dauerhafte Migrationsdruck am Mittelmeer, gegen den sich die Stabilisierungspolitik der der Nachbarschaftspolitik nicht zuletzt richtete, wurde über die Kriegsflüchtlinge besonders des syrischen Bürgerkriegs vergrößert.

Moskau hatte, gerade in Syrien durch seine militärische Hafenbasis in Tartus, eigene geopolitische Interessen, die es durch die Demokratisierungswelle und einen damit einhergehenden Elitenwechsel gefährdet sah. Russland sah aber auch die Möglichkeit, in diesem europäischen Hinterhof einen Nebenkriegsschauplatz zur Destabilisierung Europas zu eröffnen, das mit der Östlichen Partnerschaft dem eigenen Hinterhof zu nahegekommen war.

Während die Nachbarschaftspolitik im Mittelmeerraum während des Arabischen Frühlings schlichtweg scheiterte und keinen Hebelpunkt fand, erwies sich die Östliche Partnerschaft als wirkungsvoller, wenn auch nicht in der beabsichtigten kostenneutralen Weise. Die normative Macht gewann sowohl in Belarus wie in die Ukraine Einfluss auf eine sich bildende Zivilgesellschaft. In Belarus gelang dem autokratischen Regime mit einer Schaukelpolitik schließlich nur noch mit Moskauer Hilfe eine Sicherung seiner Herrschaft und den Ausschluss eines Normentransfers. In der Ukraine hingegen entwickelte sich aus dem Assoziierungsabkommen Kiews mit der EU eine Dynamik, die Russland 2014 zum Hybrid- und 2022 zum offenen Aggressionskrieg führte. Auf Moskaus Geheiß hatte sich die Ukraine zunächst aus dem Assoziierungsprozess zurückgezogen. Doch der Abbruch des Prozesses führte 2014 zum Aufstand des Euromaidan, bei dem Ukrainer mit europäischen und ukrainischen Flaggen gegen ihre von Moskau beeinflusste Regierung Widerstand leisteten und sie schließlich zum Rückzug zwangen. Russland reagierte auf diesen diplomatischen und normativen Erfolg des europäischen Argumentationszusammenhangs mit der Besetzung der Krim und des Donbas durch eine hybride Kriegsführung. Die europäische Nachbarschaftspolitik verfügte über keine Mittel dem entgegenzutreten. Stattdessen übernahmen im Normandie-Format Deutschland und Frankreich eine Vermittlerrolle, die über das Minsker Abkommen zur Einhegung des Konflikts führte. Die Nachbarschaftspolitik ließ sich unter diesen erschwerten Bedingungen aber soweit weiterbetreiben, dass der Annäherungsprozess der Ukraine an die europäische Praxis fortgesetzt werden konnte. Doch eine Einbindung Russlands gelang nicht mehr. Als sich die

ukrainische Dynamik Richtung EU fortsetzte, ging Russland schließlich am 24. Februar 2022 zum Angriffskrieg über. Aus der geopolitischen Konkurrenz in Kooperation war nicht nur eine Systemrivalität entstanden, sondern offene Feindschaft geworden, auch wenn sich manche dieses seit 2014 offensichtliche Verhältnis weiter nicht eingestehen wollten.

Für die europäische Nachbarschaftspolitik ergab sich daraus eine andere Konsequenz als aus der Instabilität am südlichen Mittelmeer nach dem Zusammenbruch des Arabischen Frühlings. Durch den Widerstand der Ukraine gegen die russische Invasion verstärkte sich das Momentum des Euromaidan.<sup>488</sup> Anders als die arabischen Nationen waren die Ukrainer bereit, ihren Kampf um Unabhängigkeit mit dem normativen Rahmen des europäischen Argumentationszusammenhangs zu verbinden. Darauf konnte und musste die europäische Praxis anders reagieren. Hinsichtlich der militärischen Frage der Waffenhilfe musste die europäische Praxis das Feld weitgehend ihren Mitgliedern und anderen Unterstützern, besonders der USA und dem ehemaligen Mitglied Großbritannien, überlassen. Doch ihre ökonomischen Hilfen, nicht zuletzt durch die Öffnung des Binnenmarkts für ukrainische Produkte, aber auch die humanitären Hilfen, durch die Freizügigkeit für ukrainische Flüchtlinge, waren in der Lage, die Ukraine signifikant zu entlasten. Der Widerstand gegen den Überfall von 2022 bewog die Europäer also zwar dazu, die Ukraine militärisch und ökonomisch zu unterstützen und ihr nicht nur eine Beitrittsoption zu geben, sondern ihr sofort weit entgegenzukommen, eben von der Freizügigkeit für ukrainische Bürger im Schengenraum bis zur Öffnung des Binnenmarkts für ukrainische Produkte. Doch es wurde auch sehr deutlich, dass die Verteidigung der Ukraine an dem Kampfeswillen der Ukrainer und der Unterstützungsbereitschaft der USA hängen, ohne die sich die Europäer nicht zu weitreichenden Waffenlieferungen hätten durchringen können.

Die Nachbarschaftspolitik brach im russischen Angriff genauso zusammen wie im Arabischen Frühling. Denn ihr unterfinanzierter Ansatz vorsichtiger Assoziierung hatte in den Krieg geführt, der jetzt mit einem wesentlich kostenintensiveren Engagement nicht nur bestanden werden musste, sondern auch eine neue Perspektive für die Ukraine und die anderen Partner der Nachbarschaft bot: den Beitritt. Die Ukraine erhielt im Sommer 2022 den Status eines Beitrittskandidaten. Moldau und Geor-

---

488 Juri Andruchowytch (Hrsg.), *Euromaidan: Was in der Ukraine auf dem Spiel steht* (Berlin: Suhrkamp, 2014); Katharina Raabe und Manfred Sapper (Hrsg.), *Testfall Ukraine. Europa und seine Werte* (Berlin: Suhrkamp, 2015).

gien, die ebenfalls durch besetzte Gebiete vom russischen Revanchismus betroffen sind, stellten ebenfalls einen Beitrittsantrag, der zumindest für Moldau ebenfalls gleich in die Zuerkennung des Kandidatenstatus resultierte. Im Westbalkan wurden zum Ausgleich Beitrittsverhandlungen mit Albanien und endlich auch mit Nordmazedonien eröffnet. Wenn sie nicht gänzlich marginalisiert wird wie am Mittelmeer, kann die Nachbarschaftspolitik in eine Erweiterungspolitik übergehen. Dieses Muster gibt der europäische Argumentationszusammenhang her. Eine geopolitische Befriedung unsicherer Grenzräume mit finanziell und militärisch unterstützter *soft power* hingegen kann er nicht leisten. Eine solche Stabilisierungspolitik gehört in das Sprachspiel des von den USA geführten Westens, nicht in das der europäischen Praxis. Die europäische Nachbarschaftspolitik war ein schmerzhaft gescheiterter Versuch, dies auszublenden. Er hat sich alles andere als nachhaltig erwiesen.